



Inhaltsverzeichnis

| | Seite |
|--|--------------|
| Grußwort..... | 2 |
| 1. dbb Chef Heesen zu anstehenden Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen: „Eine der schwierigsten Runden“ | 3 |
| 2. Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zur allgemeinen Entgeltordnung des TV-L | 3 |
| 3. dbb kritisiert schwarz-gelbe Steuersenkungspläne – Heesen: Nötig wäre mehr Steuergerechtigkeit..... | 6 |
| 4. Das war 2009..... | 7 |
| 5. Einkommensrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen: dbb fordert fünf Prozent | 19 |
| 6. Negativdarstellung des NRW-Strafvollzuges löst große Verärgerung aus!..... | 20 |
| 7. dbb Chef: Nur mit leistungsfähigem öffentlichen Dienst ist gut Staat zu machen | 21 |
| 8. Falsch ausgefüllte Steuererklärungen – DSTG: Rückerstattung unklar..... | 22 |
| 9. Die verflixte Dreizehn: das Kreuzworträtsel | 23 |
| 10. Wer zuletzt lacht, lacht am besten | 24 |

Grußwort

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

im Namen der **BSBD**-Landesleitung und auch ganz persönlich wünsche ich Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches sowie in privat-familiärer und beruflicher Hinsicht ein erfolgreiches Jahr 2010.

Ein schwieriges Jahr neigt sich dem Ende zu. Die Weltwirtschaftskrise hat die Rahmenbedingungen auch für den öffentlichen Dienst negativ beeinflusst. Das durch die Banken verursachte Desaster wird die Steuerzahler – und damit uns alle – noch teuer zu stehen kommen. Milliardenbeträge mussten und müssen noch immer aufgewendet werden, um das Anwachsen der Arbeitslosenzahlen zu begrenzen. Über 100 Milliarden EURO Staatsschulden allein in Nordrhein-Westfalen, für die jährlich annähernd 5 Milliarden EURO Zinsen aufgebracht werden müssen, engen die Handlungsspielräume der politischen Verantwortungsträger erheblich ein. Und es steht zu befürchten, dass der Politik im kommenden Jahr wieder das einfallen wird, was ihr regelmäßig einfällt, wenn Ausgaben gekürzt werden müssen: Sparen im öffentlichen Dienst!

In einer solch prekären Situation, wie wir sie gegenwärtig erleben, eine zielorientierte, glaubwürdige und von den Kolleginnen und Kollegen akzeptierte Gewerkschaftspolitik zu betreiben, erweist sich als zunehmend schwierig. Dennoch: Der **BSBD** sieht sich gerade in dieser für alle Strafvollzugsbediensteten problembehafteten Lage als deren effizienteste Fürsprecher und Interessenvertreter. Der **BSBD** wird seine in den zurückliegenden Jahren so überaus erfolgreiche Arbeit für den Strafvollzug und dessen Bedienstete fortsetzen. Bedeutung, Kraft und Durchsetzungsvermögen in den Verhandlungen mit der Politik bezieht der **BSBD** dabei aus dem hohen Organisationsgrad der Strafvollzugsbediensteten. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir im neuen Jahr ganz besonders auch auf Ihre solidarische Unterstützung angewiesen.

Das neue Jahr wird den **BSBD** erneut vor große Herausforderungen stellen, die die Mobilisierung aller Kräfte erfordern werden. Wir sind zuversichtlich, dass Sie liebe Kollegin, lieber Kollege, uns – wie bisher – kritisch begleiten und nachdrücklich unterstützen werden.

Mit den besten Wünschen für Sie persönlich
und ihre Familie verbleibe ich

Ihr
Klaus Jäkel
Vorsitzender des **BSBD NRW**





1. dbb Chef Heesen zu anstehenden Tarifverhandlungen bei Bund und Kommunen: „Eine der schwierigsten Runden“

Die Einkommensrunde 2010 bei Bund und Kommunen, die mit Tarifverhandlungen am 13. Januar beginnt, wird nach Einschätzung von dbb Chef Peter Heesen für die Gewerkschaften „eine der schwierigsten Runden“. In guten Zeiten sei eine Lohnforderung schneller formuliert als in der Krise, gab Heesen in einem Gespräch mit der „Stuttgarter Zeitung“ (Ausgabe vom 3. Dezember 2009) zu bedenken. „Wir wollen keinen Aufschrei in der Gesellschaft mit dem Ergebnis, dass alle über den öffentlichen Dienst sagen: Die sind bekloppt“, machte Heesen klar. Derzeit laufe der interne Abstimmungsprozess über die Forderung, die dann am 15. Dezember verkündet werden soll.

Priorität habe für ihn eine neue Entgeltordnung, damit Berufsgruppen künftig entsprechend ihrer Belastung gerecht eingruppiert werden können: „Für uns ist das eine größere Belastung als die lineare Lohnanhebung“, sagte Heesen. Ein modernes Eingruppierungsrecht biete auch die Chance, guten Nachwuchs zu gewinnen. „Das ist das Kernthema, das endlich angepackt werden muss“, so der dbb Chef. Mit Erstaunen quittierte Heesen die Ankündigung der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände zum Thema leistungsorientierte Bezahlung. „Bei diesen geringen Spielräumen sollten wir nicht das Wenige, was wir zu verteilen haben, in den Aufbau der Leistungsbezahlung geben“, zeigte sich der dbb Bundesvorsitzende überzeugt.

2. Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zur allgemeinen Entgeltordnung des TV-L

Am 9. Dezember 2009 fand in Berlin eine weitere Verhandlungsrunde mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) zur allgemeinen Entgeltordnung des TV-L statt. Gemäß der Tarifeinigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder vom 1. März 2009 soll der Weg zur neuen Entgeltordnung in zwei Schritten vollzogen werden:

1. Schritt: Bereinigung der bisherigen Eingruppierungsmerkmale und Integration dieser Merkmale in die Entgeltgruppen des TV-L. In Kraft setzen dieser bereinigten Entgeltordnung.

2. Schritt: Verhandlungen über ein neues Eingruppierungsmodell und Erprobung eines so gesondert vereinbarten Modells.

Die Verhandlungen der letzten Monate verliefen innerhalb des ersten Schritts.

Bereinigung

In Verhandlungsrunden und Arbeitsgruppen wurde daran gearbeitet, veraltete und gegenstandslos gewordene Tätigkeitsmerkmale zu „entrümpeln“. Dies bedeutet, bereits vorhandene Merkmale der Anlagen 1a und 1b zum BAT und Merkmale des

Lohngruppenverzeichnisses zum MTArb auf Aktualität und Anpassungsbedarf zu prüfen und eine Aktualisierung und „Entrümpelung“ vorzunehmen.

Zum weiteren müssen Beschreibungen, die mit unterschiedlichen Worten die gleiche Tätigkeit bezeichnen, in einem Tätigkeitsmerkmal zusammengefasst werden. Dies dient der Verschlankung, der Übersichtlichkeit und vor allem der Rechtsklarheit.

Einige Tätigkeiten haben sich im Laufe der Jahre in ihren Anforderungen erheblich erweitert, ohne dass dies eingruppierungsrechtlich berücksichtigt wird. So ist es – um nur ein Beispiel zu nennen – bei Hubschrauberwarten, die heute, anders als früher, luftfahrttechnische Prüfungen abnehmen. Die Eingruppierung erfolgt hier noch immer ohne Berücksichtigung der Prüfertätigkeit.

Ebenfalls Tätigkeitsmerkmale sind vorhanden, die im Laufe der vergangenen Jahrzehnte entbehrlich geworden sind. Beispielsweise regeln die Eingruppierungsmerkmale für die Steuerverwaltung noch immer die Bearbeitung von Steuerarten, die es seit Mitte der 1990er Jahre nicht mehr gibt. Solche Fälle sind zu streichen. Die Zusammenfassung von Berufsbildern ist oftmals nicht mehr zeitgemäß und zu aktualisieren. So beispielsweise wurde der Bereich „Straßenbau“ umbenannt in „Straßenbau und Straßenbetriebsdienst“.

Zum weiteren sind neue Berufsbilder im Laufe der Jahrzehnte hinzugekommen, die in die neuen Eingruppierungsregelungen aufzunehmen sind. Hierzu gehört beispielsweise der bereits 1998 anerkannte Beruf des Mechatronikers/der Mechatronikerin. Die Gewerkschaften haben gefordert, diese neuen Berufsbilder in die neue Entgeltordnung zu integrieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass bei einem Großteil des ersten Schritts, nämlich das gültige Recht zu aktualisieren, bislang gute Fortschritte erzielt wurden.

Aufstiege

Nach wie vor ist es gewerkschaftliches Ziel, den materiellen Gehalt der Eingruppierungsregelungen des BAT bei der der neuen Entgeltordnung zu bewahren.

Insbesondere betrifft dies die Bewährungs-, Zeit- und Tätigkeitsaufstiege. Die Arbeitgeberseite vertritt hierzu die Ansicht, dass Aufstiege grundsätzlich keine Berücksichtigung mehr finden können. Sie verweisen dazu auf den TV-L und TVÜ-L. Dort sind auch die Eingruppierungsregeln bis zum 31. Dezember 2010 tariflich festgelegt. § 17 Absatz 5 Satz 1 TVÜ-L bestimmt, dass es „Bewährungs-, Fallgruppen- und Tätigkeitsaufstiege“ ab dem 1. November 2006 nicht mehr gibt. Das bedeutet für seit November 2006 neu eingestellte und umgruppierte Beschäftigte, dass sie in ihren jeweiligen Entgeltgruppen verbleiben, auch wenn nach dem alten Eingruppierungsrecht ein Aufstieg vorgesehen war. Beschäftigte mit Tätigkeiten BAT VII mit dreijährigem Aufstieg nach VIb beispielsweise verbleiben in der Entgeltgruppe 5.

Nach intensiven und schwierigen Verhandlungen zeigten sich die Arbeitgeber zuletzt jedoch bereit, einen erheblichen Teil der Aufstiege, insbesondere in den Entgelt-



gruppen E2 bis E8, materiell zu erhalten. Dabei soll bei Tätigkeiten mit vorgesehenem Aufstieg die Eingruppierung direkt in die Aufstiegsentgeltgruppe erfolgen. Dies würde am konkreten Beispiel bedeuten: Beschäftigte, die eine Tätigkeit ausüben, die bewertet ist mit BAT VII mit dreijährigem Aufstieg nach VIb würden mit Inkrafttreten der bereinigten Entgeltordnung dann statt bisher der Entgeltgruppe 5 direkt der Entgeltgruppe 6 zugeordnet werden.

Zulagen

Nach Ansicht der dbb tarifunion sind die Vergütungsgruppenzulagen ebenfalls zu erhalten, denn die bereinigte Entgeltordnung des oben erwähnten ersten Schritts soll keine wirklich neue Entgeltordnung darstellen. Zumal Vergütungsgruppenzulagen ursprünglich vereinbart wurden, um in bestimmten Fällen ein nicht vereinbartes Tätigkeitsmerkmal der jeweils höheren Entgeltgruppe zu ersetzen und den betroffenen Beschäftigten dennoch eine höhere Vergütung zukommen zu lassen. Bei der Diskussion um deren Fortbestand signalisierte die Arbeitgeberseite Gesprächsbereitschaft. Konkrete und verbindliche Aussagen hierzu gab es jedoch nicht.

Zu diesem Themenkomplex gehören ebenfalls Besitzstandszulagen. An verschiedenen Stellen des TVÜ sind Besitzstandszahlungen „bis zum Inkrafttreten einer neuen Entgeltordnung“ befristet. Die „bereinigte Entgeltordnung“ darf nach Ansicht der dbb tarifunion nicht zu einer Zahlungseinstellung für diese befristeten Besitzstandszahlungen führen, denn auch hier gilt, dass die bereinigte Entgeltordnung keine wirklich neue sein würde. Aus diesem Grund müssen beispielsweise Techniker-, Meister- und Programmiererzulagen erhalten bleiben. Die Arbeitgeberseite hat zwar Verständnis für diese Forderung gezeigt, sich jedoch auch hier bisher nicht verbindlich erklärt.

Einheitliches Eingruppierungsrecht

Aus den bisherigen unterschiedlichen Eingruppierungsregelungen für Arbeiter und Angestellte soll eine einheitliche Entgeltordnung entstehen. Hier kommt es jedoch zu sogenannten Überlappungen. Einige Tätigkeiten sind sowohl im Lohngruppenverzeichnis des MTArb als auch in der Anlage 1a zum BAT geregelt und kommen zu unterschiedlichen Eingruppierungen. Dieses Problem wurde erkannt und offen diskutiert. Jedoch gibt es auch hierzu noch keine Ergebnisse, wie mit diesem Problembereich umzugehen ist.

Weitere Themen

Ebenfalls offen sind verbindliche Aussagen der Arbeitgeber unter anderem zu den „sonstigen“ Beschäftigten, zur konkreten Zuordnung neuer oder inhaltlich veränderter Berufe und zur Regelung der Fälle, in denen zusätzliche Arbeitsvorgänge zu Funktionsmerkmalen hinzutreten.

Weiteres Verfahren

Die Gewerkschaften haben die Arbeitgeber aufgefordert, verbindliche und konkrete Aussagen zu den offenen Themenfeldern zu treffen. Die Arbeitgeber der Länder zeigten für diese Forderung kein Verständnis und verwiesen stattdessen auf die Zeit-

schiene einer Einigung noch in diesem Jahr. Ein weiterer Termin wurde zunächst nicht vereinbart. Nun ist zu diskutieren, ob die Verhandlungen auf Basis des bisher Erreichten sowie unter Anerkennung der Realitäten, die mit dem TV-L seit 2006 gelten, in der bisherigen Weise weitergeführt werden sollen. Dazu gehört auch die Anerkennung, dass die Alternative zu diesen Verhandlungen schlichter Stillstand wäre und es bis zur Einkommensrunde 2011 mit der TdL positive Regelungen zu Aufstiegen nicht mehr geben würde. Die Bundestarifkommission der dbb tarifunion wird am 15. Dezember 2009 hierzu beraten.

3. dbb kritisiert schwarz-gelbe Steuersenkungspläne – Heesen: Nötig wäre mehr Steuergerechtigkeit

Der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen hat die Steuersenkungspläne der Bundesregierung scharf kritisiert. Zur Ankündigung von Schwarz-Gelb, die Steuern bis 2011 um 24 Milliarden Euro zu senken, sagte Heesen den „Stuttgarter Nachrichten“ (Ausgabe vom 7. Dezember 2009): „Das ist eine Katastrophe. Die Steuerpläne sind völlig ungerechtfertigt.“

Der dbb Chef verwies drauf, dass 14 Milliarden Euro der geplanten Erleichterungen von Ländern und Kommunen getragen werden müssen, „die nicht gefragt worden sind. Das ist ein starkes Stück. Ich halte es für absoluten Unfug. Das Gros der Menschen hat nicht nach einer Steuererleichterung gerufen. Sie wollen mehr Steuergerechtigkeit.“

Zu den Entwicklungen im öffentlichen Dienst sagte der dbb Bundesvorsitzende: „Die Koalition sieht, das wir in den bisherigen Dienstrechtsentwicklungen noch einiges anpacken müssen. Vor allem geht es um die Frage, wie wir auf dem Arbeitsmarkt Nachwuchs finden können. Das ist das zentrale Thema der Zukunft.“ Eins sei klar, so Heesen: „Weitere Personalkürzungen kann es nicht geben. Wir sind an der Grenze des Möglichen. Auch bei der Arbeitszeitverlängerung sehe ich derzeit keine Initiative. Wir werden vor allem über die Lebensarbeitszeit nachdenken müssen.“

Mit Blick auf die Einkommensrunde 2010 bei Bund und Kommunen, für die die Verhandlungen am 13. Januar beginnen, sagte der dbb Chef: „Als Gewerkschaft haben wir eine Gesamtverantwortung. Die Lohn-Bäume wachsen nicht in den Himmel, aber genauso wenig dürfen wir uns durch Steuergeschenke an Banken und Wirtschaft das Geschäft vermässeln lassen.“ Heesen weiter: „Wir halten den Staat nicht zusammen, wenn wir einige begünstigen und von den anderen dauernd nur Geduld fordern.“

4. Das war 2009

Januar

1. Januar: Mit klirrender Kälte hat das neue Jahr in Deutschland angefangen, und nach der Vorhersage der Meteorologen wird es in der kommenden Woche bei bis zu minus 20 Grad noch eisiger. Eiskalt ist es derzeit nicht nur am Ammersee (Bayern) – und es wird noch frostiger.

3. Januar: Thüringens Regierungschef Dieter Althaus ist bei einem Skiunfall in Österreich schwer verletzt worden. Der CDU-Politiker prallte mit einer Skifahrerin zusammen. Die Frau starb auf dem Weg ins Krankenhaus. Der 50-Jährige erlitt ein Schädel-Hirn-Trauma und befindet sich derzeit im künstlichen Tiefschlaf, Lebensgefahr bestehe nicht.

10. Januar: Presse berichtet über explosive Stimmung in den NRW-Justizvollzugsanstalten. Ein Gutachten soll klären, warum die Strafvollzugsbediensteten so häufig krank werden. Nach einem Bericht der *Neuen Westfälischen Zeitung* in Bielefeld hat das NRW-Justizministerium ein Gutachten in Auftrag gegeben, das klären soll, warum der Krankenstand der Strafvollzugsbediensteten in den NRW-Justizvollzugsanstalten so hoch ist.

18. Januar: Sieg für die CDU, Debakel für die SPD: Christdemokraten und FDP erreichen eine klare Mehrheit in Hessen. Die SPD stürzt auf ein historisches Tief. Die Linke schafft es knapp. Gut Lachen für Roland Koch (CDU). Nach drastischen Verlusten ihrer Partei bei der Landtagswahl gibt Hessens SPD-Chefin Andrea Ypsilanti den Vorsitz der Landespartei und der Fraktion auf.



25. Januar: Mit einer lautstarken und fahnenreichen Demonstration startete der BSBD in das neue Jahr: Nach dem Alleingang von NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter, 68 Dienstwohnungen neben der JVA Bochum der Abrissbirne preiszugeben, kamen am 24.1.2009 kurzerhand zahlreiche Strafvollzugsbedienstete aus ganz NRW zum Neujahrsempfang der CDU vor das Gebäude der WGZ-Bank nach Düsseldorf, vor allem aus der JVA Bochum. Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers will sich persönlich um das Problem „Bochum“ kümmern.

Februar



4. Februar: Über 5.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in NRW folgten dem Aufruf des *dbb-nrw* zu einer zentralen Demonstration mit einer anschließenden Kundgebung vor dem NRW-Finanzministerium in Düsseldorf. Auch rund 1.000 Mitglieder des BSBD NRW zeigten auf Fahnen und Plakaten ihre Verärgerung über die derzeit schleppenden Tarifverhandlungen.

10. Februar: Karl-Theodor zu Guttenberg hat auch die letzte formale Hürde genommen: Bundespräsident Horst Köhler hat ihn zum Wirtschaftsminister ernannt. Im Beisein von Bundeskanzlerin Angela Merkel ernannte Bundespräsident Horst Köhler den CSU-Politiker am Dienstag in Berlin in einer kurzen Zeremonie zum Nachfolger von Michael Glos.

11. Februar: Der als Temposünder überführte NRW-Verkehrsminister Wittke räumt seinen Posten. Er war mit Tempo 109 durch eine Ortschaft im Sauerland gerast. Erlaubt waren 50 Stundenkilometer.

13. Februar: Der Bundesrat hat nach langem Streit Mindestlöhne für weitere Branchen gebilligt. Für rund drei Millionen Arbeitnehmer und damit für knapp die Hälfte der Beschäftigten im Niedriglohnsektor kann es künftig Mindestlöhne geben.

23. Februar: Wegen Tabledance-Fotos im Internet ist eine Bewerberin für den Polizeidienst laut einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Stuttgart zu Recht abgelehnt worden. Es bestünden „Zweifel an der charakterlichen Eignung der Bewerberin“, teilte das Gericht am Montag in Stuttgart mit. Die Richter lehnten den Eilantrag der Frau auf zügige Fortsetzung ihres Bewerbungsverfahrens ab.



26. Februar: Das hat es in der NRW-Justizgeschichte wohl auch noch nicht gegeben: Nur mit Polizeischutz war es NRW-Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter heute möglich, zur JVA Bochum zu gelangen, um dort einen neuen Bauteil festlich zu eröffnen. Rund 450 Strafvollzugsbedienstete aus ganz NRW unterstützten heute die Anwohnergemeinschaft Krümmede, die zu einer Demonstration vor der JVA Bochum aufgerufen hatte.

März

1. März: Arbeitgeber und Gewerkschaften einigten in Potsdam nach schwierigen Verhandlungen auf ein kompliziertes Tarifpaket. Nach dem bis Ende 2010 geltenden Tarifvertrag steigt das Einkommen der Tarifbeschäftigten zum 1. März 2009 zunächst um 40 Euro und dann um 3 Prozent. Am 1. März 2010 gibt es nochmals 1,2 Prozent mehr. Für Januar und Februar dieses Jahres wurde zudem eine Einmalzahlung von insgesamt 40 Euro vereinbart. In vielen Ländern soll das Ergebnis auch auf die Beamten übertragen werden.



3. März: Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus ist wegen des Skiunfalls in Österreich zu einer Geldstrafe in Höhe von 33 000 Euro verurteilt worden. Das Bezirksgericht Irdning sprach den 50-jährigen CDU-Politiker der fahrlässigen Tötung schuldig. Althaus müsse 180 Tagessätze zu je 185 Euro zahlen, insgesamt 33 300 Euro.

5. März: Die Staatsanwaltschaft Karlsruhe hat ein Ermittlungsverfahren gegen den SPD-Bundestagsabgeordneten Jörg Tauss eingeleitet – wegen Verdachts der Kinderpornografie. Die Büros des Karlsruher Abgeordneten wurden durchsucht.

25. März: Delegationen der Europäischen Arbeitsgemeinschaft der Strafvollzugsgewerkschaften (EASG) treffen sich in Belgien. Im Rahmen einer Zusammenkunft mit den belgischen und niederländischen Strafvollzugsgewerkschaften und Mitgliedern der BSBD-Landesleitung in La Roche-en-Ardenne wurde am 25.3.2009 beschlossen, dass die EASG nun eine Satzung braucht, mit der sich diese Arbeitsgemeinschaft klare Vorgaben für eine Infrastruktur dieser seit drei Jahren bestehenden Arbeitsgemeinschaft setzt.

26. März: Im Mittelpunkt einer Zusammenkunft des BSBD-Landesausschusses, an der alle Fachschaftsvertreter sowie der gesamte BSBD-Landesvorstand teilnahmen, war erkennbar, dass die Strafvollzugsbediensteten in NRW auf die Realisierung der Strukturverbesserungen warten, die seitens der Politik seit Jahren zugesagt sind, vor allem im mittleren Dienst.

30. März: Mit seinem Rücktritt zieht Bahn-Manager Hartmut Mehdorn die Konsequenzen aus der Daten-Affäre, die der stern aufgedeckt hatte. Im politischen Umgang mit dem Manager offenbart sich ein Beispiel abartiger Parteibuchpolitik. Die Wirtschaftskrise zieht ihre tiefrote Spur auch durch die Bahnbilanz.

April

7. April: Bundespräsident Horst Köhler hat den Weg für eine Zwangsverstaatlichung des angeschlagenen Immobilienfinanzierers Hypo Real Estate (HRE) freigemacht. Köhler unterzeichnete am Dienstag in Berlin das Banken-Enteignungsgesetz, das die Voraussetzungen für eine mögliche Enteignung der HRE-Aktionäre schafft.

7. April: endlich Klarheit im Abwrack-Chaos: Die Bundesregierung will die Prämie von 2500 Euro bis zu einem Gesamtvolumen von fünf Milliarden Euro auszahlen. Auch ein Stichtag für das Ende der Förderung wurde festgelegt. Die Prämie zur Ankurbelung des Auto-Absatzes soll zudem maximal bis Ende des Jahres gewährt werden.

10. März: NRW-Strafvollzugsbedienstete wünschen neue Dienstkleidung. Düsseldorf: In seinem aktuellen Jahresbericht für den NRW-Strafvollzug berichtet der Ombudsmann für den NRW-Strafvollzug, Rolf Söhnchen, u. a. über den Wunsch zahlreicher Justizvollzugsbediensteter nach einer neuen Dienstuniform. Diese sollte in Farbe und Qualität derjenigen der Polizei entsprechen.

11. April: Im Supermarkt muss man jetzt ein bisschen genauer hinschauen. Weil seit heute die meisten Produkte in fast jeder Packungsgröße verkauft werden dürfen, sollten Verbraucher ihren Blick öfter auf die meist nur klein gedruckte Angabe des Preises pro Kilogramm oder Liter richten. So lassen sich Waren in unterschiedlich großen Packungen vergleichen.

24. März: BSBD-Hauptvorstand tagt in Hagen. Anlässlich der diesjährigen Frühjahrssitzung des BSBD-Hauptvorstandes in Hagen, zu der BSBD-Mandatsträger aus allen 44 NRW-Vollzugseinrichtungen erschienen waren, wurde deutlich: Die Politik muss im Umgang mit den Bediensteten mehr Verständnis aufbringen und ihre Wertschätzung deutlicher zum Ausdruck bringen – Ehrlichkeit, Fairness und Gerechtigkeit sind die Grundlagen für ein erfolgreiches Unternehmenskonzept auch im öffentlichen Dienst.

24. April: Insgesamt vier Millionen Beschäftigte in Deutschland können seit Freitag Mindestlöhne erhalten. Neu hinzugekommen sind eine Million Beschäftigte in der Altenpflege, bei Wach- und Sicherheitsdiensten, Großwäschereien, in der Abfallwirtschaft, Bergbau-Spezialbetrieben und in der Aus- und Weiterbildung. Arbeitgeber und Gewerkschaften können in diesen Branchen einen gemeinsamen Antrag auf Allgemeinverbindlichkeit ihres Tarifvertrags stellen.

Mai

1. Mai: Früher und aggressiver als in den Vorjahren ist in Berlin-Kreuzberg am 1. Mai die Gewalt ausgebrochen. Linksautonome griffen Polizisten immer wieder massiv mit Steinen und Flaschen an. Zwei Brandsätze mit Benzin wurden auf Polizisten geschleudert. Es gab Verletzte auf beiden Seiten.

14. Mai: bundesweite Streiks: KITAS ab Freitag dicht. KITAS und Sozialeinrichtungen werden ab Freitag deutschlandweit bestreikt. In einer Urabstimmung sprachen sich 89,9 Prozent der Verdi-Mitglieder für Arbeitsniederlegungen aus, wie die Gewerkschaft am Donnerstag mitteilte.

20. Mai: Anlässlich der am 14. Mai 2009 zu wählenden Jugend- und Auszubildendenvertretungen im NRW-Strafvollzug wurde erneut der Beweis erbracht: Der BSBD ist und bleibt die bestimmende gewerkschaftliche Kraft im NRW-Strafvollzug. Für die Wahl der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung im NRW-Justizministerium war eine Persönlichkeitswahl erforderlich, da nur der BSBD-Kandidatinnen und Kandidaten gemeldet hatte. Hier erhielten folgende Kolleginnen und Kollegen die meisten Stimmen: Marina Schulze, JVA Heinsberg, Andreas Goebel, JVA Herford, Denise Gehrman, JVA Duisburg-Hamborn, Natascha Haves, JVA Bielefeld-Senne, Henning Houben, JVA Heinsberg.

23. Mai: 60 Jahre Bundesrepublik: Am 23. Mai 1949 unterzeichnete Konrad Adenauer in Bonn das Grundgesetz - die Geburtsstunde der Bundesrepublik. 60 Jahre ist das nun her. Grund genug, noch einmal per Video auf die wichtigsten, schwierigsten und emotionalsten ...

25. Mai: Nordkorea testet Atombombe. Die Atombombe explodierte am Montagmorgen. Gegen zehn Uhr Ortszeit registrierten südkoreanische Wissenschaftler eine schwere Erschütterung in der Nähe der Gemeinde Kilju im Nordosten der koreanischen Halbinsel.

27. Mai: Kabinett beschließt Verschärfung des Waffenrechts. Als Konsequenz aus dem Amoklauf von Winnenden hat das Bundeskabinett am Mittwoch trotz heftiger Proteste von Sportschützen und Jägern eine Verschärfung des Waffenrechts beschlossen.

Juni

7. Juni: Zum 7. Mal fand vom 4. bis 7. Juni 2009 die Wahl zum Europäischen Parlament statt. Bürgerinnen und Bürger aus 27 EU-Mitgliedstaaten nahmen an der Europawahl teil. Die Wahlbeteiligung ist im EU-Durchschnitt im Vergleich zur letzten Wahl (45,5%) noch mal gesunken auf diesmal nur 43,1%.



8. Juni: Strafvollzugsbedienstete in NRW erhalten neue Ausbildungs- und Prüfungsverordnung: Mit Wirkung vom 1. Juli 2009 tritt für die NRW-Strafvollzugsbediensteten im allgemeinen Vollzugsdienst und im Werkdienst eine neue Verordnung über die Ausbildung und Prüfung in Kraft. Im Mittelpunkt der Verordnung stehen vor allem die besonderen Fachausbildungen für einen zukünftigen Einsatz im Jugendvollzug, Erwachsenenvollzug oder im

Werkdienst, verbunden mit einer gesundheitlichen Förderung der Anwärterinnen und Anwärter.

16. Juni: Die Lage in Teheran wird immer bedrohlicher. Es scheint, als wolle die Führung der Islamischen Republik in den nächsten Tagen hart gegen jene Demonstranten durchgreifen, die noch gestern zu Millionen überall im Land gegen den offenbar gefälschten Wahlsieg von Mahmud Ahmadinedschad protestiert hatten.

17. Juni: An deutschen Universitäten wird gestreikt. Und es ist einiges los. Auf dem Internet-Ticker der Organisatoren war am Dienstagnachmittag zu lesen: "Spontandemo nach der Vollversammlung an der Fachhochschule Frankfurt -- Demo auch in Gießen, hier sogar mit Polizeieinsatz."

18. Juni: Am Donnerstag verabschiedet der Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition einen Gesetzentwurf, der die Bezahlung von Managern neu regelt. Vor allem das ausufernde Bonussystem, das mit zur Finanzmarktkrise beitrug, wird dann strengeren Bestimmungen unterliegen.

27. Juni: Nein, so hatte sich die Kanzlerin ihren Arbeitsbesuch im Weißen Haus sicher nicht einmal in ihren rosigsten Träumen ausgemalt. Das Gespräch mit Präsident Obama im Oval Office hatte bereits eine halbe Stunde länger gedauert, als ursprünglich geplant - und nun noch das: "Deutschland wird immer einen besonderen Platz in meinem Herzen haben", sagte der Präsident plötzlich vor der versammelten Presse, "und zwar auch wegen meiner guten Freundin Kanzlerin Merkel. Sie ist smart, practical und ich traue ihr."

Juli

4. Juli: Ein neuerlicher Störfall im Atomkraftwerk Krümmel in Schleswig-Holstein hat am Samstag zu erheblichen Störungen im Stromnetz von Hamburg geführt. Der zweite Zwischenfall innerhalb weniger Tage wurde nach Angaben der Betreiber-gesellschaft Vattenfall wahrscheinlich durch eine Störung in einem der beiden Maschinentransformatoren ausgelöst. Der stillgelegte Atomreaktor bleibt auf un-absehbare Zeit abgeschaltet.

6. Juli: Die Staats- und Regierungschefs der sieben führenden Industrienationen und Russlands (G8) haben mit ihren Gipfelgesprächen im italienischen L'Aquila be-gonnen. Mit als Erste war Bundeskanzlerin Angela Merkel in der im April von einem schweren Erdbeben betroffenen Abruzzenregion eingetroffen.

16. Juli: Stress und Chaos im Berliner Berufsverkehr - und das, weil die Hälfte der S-Bahn-Züge aus Sicherheitsgründen nicht mehr fahren darf. Nun wird der S-Bahn-Verkehr in der City für zwei Wochen komplett eingestellt. Schuld sind die Bahn-Manager. Sie haben die S-Bahn für den DB-Börsengang krank gespart.

26. Juli: Opposition und Steuerzahlerbund setzen Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt wegen der Nutzung ihres Dienstwagens in Spanien unter Druck. Haushalts-politiker von FDP und Grünen forderten, die SPD-Politikerin müsse im Haushaltsaus-schuss des Bundestages begründen, warum sie die gepanzerte Limousine an ihren Urlaubsort in Spanien habe nachkommen lassen.



Vor 20 Jahren am 31. Juli 1989: Das war der Juli 1989: Steffi und Boris Arm in Arm, links der Silberteller, rechts der Goldpokal: Mit dem zweifachen deutschen Tri-umph bei den Internationalen Tennismeister-schaften von England in Wimbledon gehen die begehrtesten Einzel-Trophäen erstmals an zwei deutsche Spieler. Nur drei Stunden nach dem Sieg der 20-jährigen Steffi Graf gegen Martina Navratilova gewinnt auch Boris Becker, 21, gegen den Schweden Stefan Edberg. Die Presse feiert nach dem Sensations-Sieg "Queen Steffi" und "King Boris".

August

12. August: Die Bundesregierung steckt nach Informationen der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erheblich mehr Geld in externe Gutachter als bisher bekannt. Dabei lagen die Kosten im vergangenen Jahr um ein Mehrfaches über den geplanten Ausgaben, berichtet die Zeitung unter Berufung auf die Rechnungslegung der Bundesregierung.



11. August: Anwärtersonderzuschlag wird weitergezahlt! Nach einer Mitteilung des NRW-Justizministeriums hat sich das NRW-Finanzministerium mit der zunächst bis zum 31.12.2010 befristeten Fortsetzung der Zahlung des Anwärtersonderzuschlages an Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst des allgemeinen Vollzugsdienstes und des Werkdienstes in der bisherigen Höhe einverstanden erklärt.

13. August: Der aus Angola stammende Zeca Schall wird in seiner Heimatstadt Hildburghausen von der NPD bedroht. Der CDU-Landesverband kündigte an, gegen die Rechtsextremen Klage wegen Volksverhetzung einzureichen.

13. August: Angela Merkel zeigt Dekolleté, Vera Lengsfeld auch - eigentlich fehlt nur Ursula von der Leyen, um die optischen Reize des CDU-Wahlkampfes abzurunden. Mehr will die Union sowieso nicht liefern.

20. August: Unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen haben in Afghanistan die Präsidentschaftswahlen begonnen. Amtsinhaber Karsai gilt als Favorit. Millionen Afghanen haben Todesdrohungen und Anschläge der Taliban getrotzt und sind in die Wahllokale geströmt.

21. August: Der Empfang für den freigelassenen Lockerbie-Attentäter in seiner Heimat Libyen hat in westlichen Ländern heftige Empörung ausgelöst. Jubelnde Menschenmassen hatten den krebserkrankten Abdel Bassit Ali Mohammed al-Megrahi am Donnerstagabend am Flughafen in Tripolis empfangen. Zuvor hatte ihn der schottische Justizminister begnadigt.



September

8. September: Seit Freitag ist die Welt deutscher Wehrpolitiker eine andere. Der von der Bundeswehr bestellte Bombenhagel traf nicht nur zwei Tanklastzüge und tötete mindestens 70 Afghanen. Die Bundeswehr zerstörte auch ihren eigenen Afghanistanmythos.

10. September: NRW-Strafvollzugsbedienstete verärgert über neue Verfahrensweise des Landesamtes für Besoldung und Versorgung: In Nordrhein-Westfalen müssen derzeit viele Strafvollzugsbedienstete, die in nächster Zeit in den Ruhestand treten, zur Kenntnis nehmen, dass das Landesamt für Besoldung und Versorgung ruhegehalttsfähige Vordienstzeiten nicht mehr, wie bisher, von Amts wegen berücksichtigt. Der BSBD hat in Erfahrung gebracht, dass diese Regelung auf einen Erlass des NRW-Finanzministeriums zurückzuführen ist.



11. September: Strafvollzugsbedienstete der JVA Willich empört über ungeheuerliche Vorwürfe: Erneut müssen die Strafvollzugsbediensteten einer NRW-Justizvollzugsanstalt, diesmal in der JVA Willich, zur Kenntnis nehmen, dass sie in der Presse Opfer böswilliger Verleumdungen durch einen Gefangenen geworden sind. Besonders schlimm: Politiker von SPD und Bündnis 90/Die Grünen schließen sich dem Inhaftierten an!

16. September: das letzte Mal, dass Viktoria Schumik von ihrem Mann hörte, war vergangene Woche. Das Telefonat dauerte nur wenige Sekunden und kam irgendwo von den Kanarischen Inseln. "Mach dir keine Sorgen", sagte ihr Mann. "Mir geht es gut. Komme bald nach Hause." Die "Arctic Sea" wird derzeit von einem russischen Schlepper in den Schwarzmeerhafen Noworossiysk gebracht. Mit jedem Tag, den die Fahrt dauert, werden die Gerüchte, um das, was auf dem Schiff geschah, undurchschaubarer.

27. September: Mit einem sensationellen Ergebnis hat die FDP der CDU-Kanzlerin Merkel das Regierungsamt in einer schwarz-gelben Koalition gesichert. Bei der Bundestagswahl fuhr die Union zwar ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 ein. Dies wurde aber durch das beste Abschneiden der FDP in ihrer Geschichte ausgeglichen. Ein Desaster erlebte die SPD.

29. September vor zwanzig Jahren: in der deutschen Botschaft in Prag. Mittlerweile befinden sich knapp 4000 Menschen, die aus der DDR fliehen wollen, auf dem Botschaftsgelände. Die Büros sind in Notunterkünfte umfunktioniert worden und die Botschaftsangehörigen ins Hotel gezogen.

Oktober:

3. Oktober: Das erstaunlich deutlichen "Ja" der Iren zum EU-Reformvertrag von Lissabon kann in großen Teilen der Wirtschaftskrise zugeschrieben werden, die das Land gerade beutelt. Wohl kein Euro-Land ist so gründlich von der Rezession durchgeschüttelt worden.

9. Oktober: Die Nachricht schlug zwar am Freitag wie eine Bombe ein: Oskar Lafontaine legt nach vier Jahren den Vorsitz der Linksfraktion im Bundestag nieder, die er seit ihrer Bildung nach der letzten Bundestagswahl zusammen mit Gregor Gysi maßgeblich geprägt hat.



23. Oktober: Die neue Regierung steht, Union und FDP übernehmen die Macht. Bundeskanzlerin Angela Merkel, Außenminister Guido Westerwelle, Innenminister Thomas de Maizière, Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Kanzleramtsminister Ronald Pofalla, Finanzminister Wolfgang Schäuble, Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, Arbeitsminister Franz Josef Jung, Landwirtschaftsministerin Ilse Aigner, Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, Familienministerin Ursula von der Leyen, Gesundheitsminister Philipp Rösler, Verkehrsminister Peter Ramsauer, Umweltminister Norbert Röttgen,

Bildungsministerin Annette Schavan, Entwicklungshilfeminister Dirk Niebel. Am 28. September sprechen die Minister ihren Eid - und benutzen alle die Formel: "So wahr mir Gott helfe."

29. Oktober: Der EU-Gipfel am Donnerstag und Freitag in Brüssel beschäftigt sich auch mit dem Thema Klimaschutz. Die Europäische Union hat ehrgeizige Ziele und will ein gemeinsames Verhandlungsmandat für die Weltklimakonferenz festlegen, die Anfang Dezember in

30. Oktober: Die CDU-Politikerin Christine Lieberknecht ist nach einem Abstimmungsdrama im Landtag neue Ministerpräsidentin in Thüringen. Sie setzte sich am Freitag im dritten Wahlgang in einer Kampfkandidatur gegen den Linke-Politiker Bodo Ramelow durch.

November

4. November: BSBD-NRW mit neuer Internetpräsentation: Mit dem heutigen Tage wird eine neue BSBD-Internetseite freigeschaltet. Neben einem kompletten Neudesign sind und werden demnächst auch weitere Inhalte online gestellt. Vor dem Hintergrund des stetig steigenden öffentlichen Interesses an Geschehnissen in den Justizvollzugsanstalten soll ein umfassendes Informations- und Serviceportal den Besuchern der BSBD-Internetseite angeboten werden.



14. November: NRW-Justizministerin Müller-Piepenkötter zu Gast beim BSBD-Hauptvorstand in Hagen. Bahnbrechender Erfolg für den BSBD - Spitzenamt A 11 für den allgemeinen Vollzugsdienst, Werkdienst und Krankenpflegedienst. „Die NRW-Strafvollzugsbediensteten haben in den letzten Jahren große Anstrengungen bei der Ausweitung des Behandlungsvollzuges auf sich nehmen müssen. Ohne dieses sichtbare und mit Erfolg versehene Engagement wäre dies nicht möglich

gewesen. Dafür danke ich allen Bediensteten, auch wenn es noch genügend Baustellen gibt, die es zu beheben gibt,“ so NRW-Justizministerin Müller-Piepenkötter in ihrem Grußwort anlässlich der BSBD-Hauptvorstandssitzung am 12. und 13. November 2009 in Hagen.

25. November: Endlich spricht's mal einer aus: Der Solidaritäts-Zuschlag ist verfassungswidrig. So sieht es das niedersächsische Finanzgericht und hat eine entsprechende Klage an das Bundesverfassungsgericht weitergereicht. Eine Extra-Abgabe darf es zwar befristet geben - aber nicht als Dauer-Einrichtung.

26. November: Die Vergangenheit holte ihn ein: Am Donnerstagmorgen berichtete die "Bild", das Bundesverteidigungsministerium habe die Öffentlichkeit belogen: Noch am Tag des Angriffes habe die Bundeswehr Informationen über zivile Opfer gehabt. Am Freitag ist Jung von seinem Amt als Arbeitsminister zurückgetreten, nach nur 30 Tagen.

27. November: NRW-Strafvollzugsbedienstete entsetzt über brutalen Ausbruch aus der JVA Aachen. Am 26.11.2009 gegen 20 Uhr überwältigten zwei wegen ihrer Gewalttätigkeit und wiederholt gezeigten Brutalität bekannte und zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilte Strafgefangene der JVA Aachen mehrere Justizvollzugsbedienstete, schlugen diese schonungslos nieder und raubten deren Schusswaffen. Anschließend flüchteten sie durch die Außenpforte der JVA Aachen, nahmen vermutlich einen Taxifahrer als Geisel und begaben sich nach Kerpen. Dort wurde sodann ein weiteres Taxi bestiegen, mit dem man sich zum Bahnhofsvorplatz nach Köln chauffieren ließ. Hier flüchteten sie zu Fuß in die Kölner Innenstadt.

Dezember

3. Dezember: der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat unverheirateten Vätern in Deutschland den Rücken gestärkt. In einem wegweisenden Urteil gaben die Straßburger Richter am Donnerstag einem ledigen Vater im Streit um die Sorgeberechtigung für seine 14-jährige Tochter recht.

4. Dezember: Begleitet von scharfer Kritik der Opposition hat der Bundestag mit den Stimmen der schwarz-gelben Koalition ein Paket für mehr Wirtschaftswachstum auf den Weg gebracht.

7. Dezember: Die größte Umweltkonferenz der Welt hat am Montag mit dem Klimagipfel in Kopenhagen ihre Arbeit aufgenommen. China ist der größte Klimasünder - aber nicht beim CO₂-Ausstoß pro Kopf. Es folgen auf den Plätzen zwei bis sechs die USA, Russland, Indien, Japan, Deutschland.



8. Dezember: Ab dem 1. Januar 2010 führt der Bund schrittweise eine zentrale Speicherstelle für den "Elektronischen Entgeltnachweis" - kurz "Elena" - ein. Er soll die Arbeitsbescheinigungen in Papierform ersetzen. Die Gewerkschaft Verdi erwägt nun Klagen gegen die Datensammelwut der Regierung.

8. Dezember: die FDP muss wegen rechtswidriger Spenden eine Millionenstrafe an den Bundestag zahlen. Das entschied am Dienstag das Berliner Verwaltungsgericht. Es sah es als erwiesen an, dass der damalige nordrhein-westfälische FDP-Chef Jürgen Möllemann dem Landesverband im Zeitraum von 1996 bis 2002 Barspenden in Millionenhöhe habe zukommen lassen. Die Partei kündigt Rechtsmittel gegen das Urteil an.

10. Dezember: Die seit Monaten anhaltenden Studentenproteste zeigen offenbar Wirkung. Die Bundesländer wollen die Bedingungen für die umstrittenen Bachelor- und Master-Studiengänge verbessern. Ein Treffen der Kultusminister wird von neuen Demonstrationen begleitet.

10. Dezember: Obama nahm in Oslo den Friedensnobelpreis „in Dankbarkeit und tiefer Demut“ an und verteidigte zugleich seine Entscheidung für die Entsendung weiterer Soldaten in den Krieg nach Afghanistan. In seiner Dankesrede dozierte der US-Präsident über die Notwendigkeit, Frieden und Gerechtigkeit manchmal auch mit Waffengewalt herstellen zu müssen.

Einkommensrunde öffentlicher Dienst Bund und Kommunen: dbb fordert fünf Prozent

Der dbb beamtenbund und tarifunion geht mit einem Forderungspaket im Gesamtvolumen von fünf Prozent in die Einkommensrunde für die knapp zwei Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen. Das beschlossen Bundestarifkommission und Bundesvorstand am 15. Dezember 2009 in Berlin.

Neben einer spürbaren linearen Gehaltsverbesserung, die die Teilhabe der Beschäftigten an der allgemeinen Einkommensentwicklung sicherstellen soll, beinhaltet die dbb-Forderung verschiedene qualitative Komponenten wie die Verbesserung von Aufstiegen, Höhergruppierungen und Beförderungsmöglichkeiten, die Fortführung der Altersteilzeitmodelle, die Übernahme der Auszubildenden und Anwärter sowie strukturelle Verbesserungen in den Bereichen Nahverkehr, Versorgung und Krankenhäuser.

„Wir sind angesichts der öffentlichen Haushaltslage realistisch, aber nicht kleinmütig, sondern ob unserer Leistungen selbstbewusst“, betonte der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen auf der Pressekonferenz am 15. Dezember 2009 in Berlin. „Der öffentliche Dienst steht als Eckpfeiler für Bildung, Sicherheit und Daseinsvorsorge ebenso wie als Standortfaktor für die Wirtschaft vor großen Herausforderungen. Seine Leistungsfähigkeit muss hierfür erhalten und ausgebaut werden. Ohne qualifiziertes und motiviertes Personal ist das nicht möglich – das gilt für Arbeitnehmer und Beamte gleichermaßen.“ Der dbb erwarte daher schon heute die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich des Bundes, stellte Heesen klar.

„Auf rund fünf Prozent beläuft sich der Einkommensrückstand des öffentlichen Dienstes gegenüber der Privatwirtschaft mittlerweile“, erklärte Frank Stöhr, der den dbb als 1. Vorsitzender der dbb tarifunion und Verhandlungsführer bei den am 13. Januar 2010 in Potsdam beginnenden Tarifverhandlungen vertreten wird. „Eine spürbare lineare Verbesserung ist notwendig. Einerseits, um die Motivation der Beschäftigten zu stärken und den öffentlichen Dienst fit zu machen für den Wettlauf mit der Privatwirtschaft um die besten Köpfe, denn es kommt jetzt auch auf die Nachwuchsgewinnung an. Andererseits, um in Zeiten schwachen Wirtschaftswachstums die Binnenkonjunktur zu stärken“, so Stöhr, „es geht hier nicht zuletzt auch um die Kaufkraft von zwei Millionen Menschen.“

Die Verhandlungen werden am 13. Januar 2010 in Potsdam beginnen.

5. Negativdarstellung des NRW-Strafvollzuges löst große Verärgerung aus!

Ist ein Beamter bei Verdachtsmomenten schon kriminell oder gilt auch für ihn die Unschuldsvermutung?

Vor dem Hintergrund der Presseberichte der letzten Tage über den Ausbruch von zwei Strafgefangenen aus der JVA Aachen, der damit verbundenen Bewertung des NRW-Strafvollzuges, der Diffamierung der Strafvollzugsbediensteten als „Schließer, Wächter und Wärter“ sowie der Vorverurteilung eines angeblich bei dem Ausbruch beteiligten Bediensteten sind die Strafvollzugsbediensteten weit über die Grenzen von Nordrhein-Westfalen hinaus empört, entrüstet und verärgert.

Bereits unmittelbar nach bekannt werden des Ausbruchs der Strafgefangenen Michael Heckhoff und Peter Paul Michalski aus der JVA Aachen waren sich auch die politisch Verantwortlichen sofort recht sicher, dass aufgrund von eindeutigen Videoaufzeichnungen ein Bediensteter der JVA Aachen den Gefangenen bei ihrem Ausbruch Beihilfe geleistet habe. Dieser Bedienstete wurde sogleich wegen der scheinbar eindeutigen Beweislage nicht als Beschuldigter, sondern vielmehr als Krimineller, der die Seiten gewechselt hat, vorverurteilt. Begleitet wurde diese Aussage von der Vermutung, wo ein krimineller Bediensteter sei, könnten es auch zwei oder drei sein. Diese Ausführungen haben bei den Strafvollzugsbediensteten nicht nur in NRW, sondern in ganz Deutschland, große Verärgerung ausgelöst.

In der Ausgabe der Aachener Zeitung vom 2.12.2009 (AZ-WEB) wird unter Bezugnahme auf Äußerungen des zuständigen Oberstaatsanwalts Robert Deller von der StA Aachen, der den betroffenen Bediensteten weiterhin für schuldig hält, u.a. ausgeführt:

„... auch wenn das Video der JVA-Überwachungskameras einen „Schönheitsfehler“ hat. Der Bedienstete ist darauf nicht ein einziges Mal zusammen mit Heckhoff und Michalski zu sehen. Auch die Übergabe der Dienstwaffen ist nicht zu sehen – aus dem Bereich gibt es keine Aufzeichnung.“

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen: Der BSBD erwartet eine schonungslose Aufklärung ohne Rücksicht auf Personen. Wenn der beschuldigte Bedienstete tatsächlich an dem Ausbruch beteiligt gewesen ist, bedarf es einer deutlichen Verurteilung, ohne Wenn und Aber! Dieser Bedienstete hätte in diesem Fall dem deutschen Strafvollzug und den Strafvollzugsbediensteten einen schweren Schaden zugefügt. Bis es soweit ist, hat aber - wie bei jedem Untersuchungsgefangenen in Deutschland - auch für diesen Bediensteten die Unschuldsvermutung zu gelten!



BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel kritisierte gegenüber den Medien die bisherige Berichterstattung in Presse, Funk und Fernsehen. Der Strafvollzug in NRW befindet sich nach seiner Einschätzung im Vergleich zu anderen Bundesländern und erst recht zum benachbarten Ausland auf dem Weg der Konsolidierung. Seit einigen Jahren ist der bis dahin von der Politik beschrittene Weg des vollzuglichen und personellen Aderlasses verlassen worden. Es wird der aner kennenswerte Versuch unternommen, wieder einen höheren Vollzugsstandard zu erreichen. Die große Motivation und hohe Qualifikation der Strafvollzugsbediensteten in Nordrhein-Westfalen, die über eine der besten Ausbildungen in Europa verfügen, sind ein hohes Gut. Dieses gilt es zu schützen vor pauschalen, ungerechtfertigten Angriffen. Und die politisch Verantwortlichen täten gut daran, das bislang Erreichte sichtbar zu verteidigen und einzuschreiten, wenn Strafvollzugsbedienstete durch unkundige Medienvertreter als „Schließer, Wärter oder Wächter“ diffamiert werden.

Die Mitglieder der BSBD-Landesleitung werden - wie bisher - jedes Interview sofort unterbrechen, wenn eine der herabwürdigenden Anreden gebraucht wird. Die Strafvollzugsbediensteten arbeiten behandlungsorientiert und schaffen Sicherheit für die Allgemeinheit. Sie erwarten deshalb zu recht adäquate Umgangsformen.

6. dbb Chef: Nur mit leistungsfähigem öffentlichen Dienst ist gut Staat zu machen

„Gerade angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise stehen der Staat und sein öffentlicher Dienst vor gewaltigen neuen Herausforderungen in allen Bereichen von Arbeit, Bildung, sozialen Hilfen und Integration bis hin zu Energie, Verkehr und Umwelt. Um diese Herausforderungen zu meistern, Land und Leute zusammenzuhalten und sicher durch die Krise zu manövrieren, braucht es einen leistungsfähigen, modernen öffentlichen Dienst.“ Das stellt der dbb Bundesvorsitzende Peter Heesen in einem Beitrag für den „Behörden Spiegel“ (Ausgabe vom 7. Dezember 2009) fest.

„Dazu gehört ein modernes öffentliches Dienstrecht, das einerseits die Verwaltung flexibel, schnell und effizient macht und andererseits das Engagement und den hohen Einsatz derjenigen angemessen fördert und honoriert, die die Leistungen erbringen: die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Wir brauchen eine Flexibilisierung des Laufbahnrechts, Leistungsbezahlung mit verbesserten Aufstiegschancen und – auch um den Seiteneinstieg zu erleichtern – die Möglichkeit der Mitnahme von Versorgungsansprüchen.“ Gefragt seien hier sowohl der Bund als auch die Länder, die nach der Föderalismusreform über die wesentlichen Gesetzgebungskompetenzen verfügen, schreibt Heesen weiter. Auch der demografische Wandel sei mit seinen Konsequenzen für den öffentlichen Dienst nicht zu unterschätzen. „Den öffentlichen Arbeitgebern bleibt keine Wahl“, so das Fazit des dbb Chefs. „Sie müssen ihre Infrastruktur modernisieren und den Personalbedarf ausgleichen. Jetzt.“

Denn wenn 2014, 2015 die ganz großen Pensionierungswellen im öffentlichen Dienst anstehen, wird es aufgrund der Arbeitsmarktsituation zu spät sein, den nötigen Nachwuchs zu gewinnen.“

7. Falsch ausgefüllte Steuererklärungen – DSTG: Rückerstattung unklar

Hunderttausende Rentner haben ihre Steuererklärungen falsch ausgefüllt und im Schnitt 250 Euro zu viel an den Fiskus gezahlt. Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) befürchtet, dass die Ruheständler womöglich kein Geld zurückerhalten.

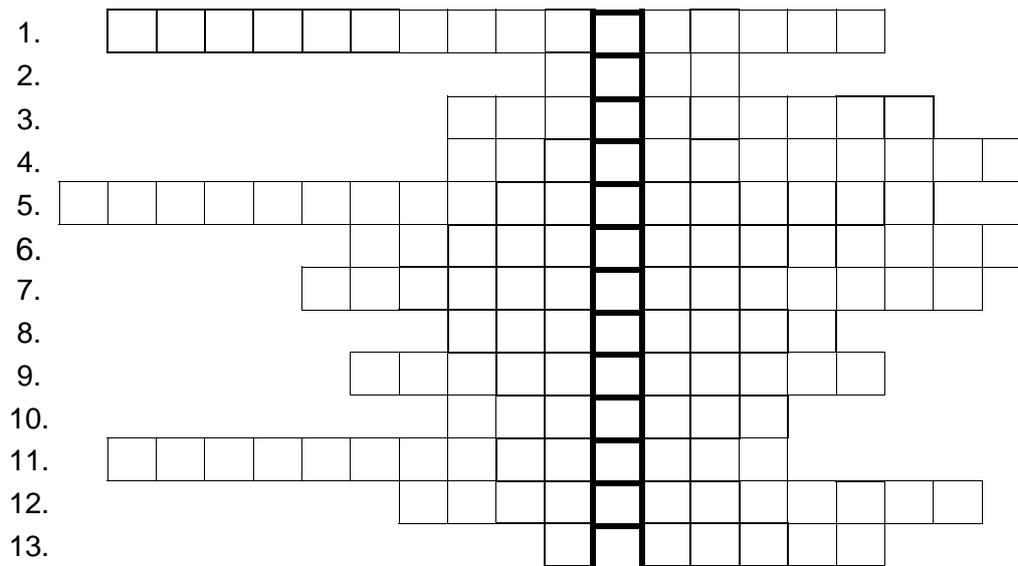
Fast jede vierte von Rentnern abgegebene Steuererklärung sei falsch ausgefüllt, sagte DSTG-Chef Dieter Ondracek der „Süddeutschen Zeitung“ (Ausgabe vom 5./6. Dezember 2009). Dies ergebe sich aus einer stichprobenartigen Überprüfung durch die nordrheinwestfälischen Finanzämter. Jeweils die Hälfte dieser Rentner habe in dem bevölkerungsreichsten Bundesland zu viel oder zu wenig gezahlt. Hochgerechnet auf ganz Deutschland wären das rund 970.000 Rentner, so Ondracek.

Nordrhein-Westfalens Finanzbehörden entwickeln federführend ein neues, automatisiertes Verfahren, mit dem bundesweit Steuerbescheide überprüft werden sollen. Seit Oktober müssen alle gesetzlichen und privaten Rentenversicherungen den Finanzämtern die Daten der Rentner übermitteln.

Ondracek riet Betroffenen davon ab, beim Finanzamt vorstellig zu werden. Dies ergebe keinen Sinn, weil die Bescheide automatisch überprüft würden. Ob alle Rentner zu viel gezahlte Steuern erstattet bekommen, ist derzeit unklar. Möglich sei eine solche Rückerstattung wohl nur, wenn sämtliche Steuerbescheide geöffnet würden. „Das kann ich mir nicht vorstellen“, sagte Ondracek.

8. Die verflixte Dreizehn: das Kreuzworträtsel

Kleiner Tipp: Die meisten gesuchten Begriffe finden Sie in diesem Tarif-Info!



1. negative Entwicklung in der Wirtschaft
2. Betreuungseinrichtung für Kinder, Abkürzung
3. für den Öffentlichen Dienst ungünstige erotische Tanzdarbietung
4. Hochschule
5. international renommierte Auszeichnung für Bemühungen um den Frieden
6. Akt der Parlamentsbestimmung
7. Regelwerk für Tariflöhne
8. Fenster zur Welt
9. Wetterkundler
10. Dienstkleidung
11. Anreiz zur Verschrottung alter Autos
12. Lebensraum für Bedienstete
13. ehemaliger Bahnmanager

Das Lösungswort in der stark umrandeten senkrechten Spalte bezeichnet eine Feier zum Jahresende.

Lösung des Kreuzworträtsels aus dem letzten Tarif-Info:

- | | | |
|-------------------|--------------------|---------------------|
| 1. HANDBUCH | 2. DROGENSCHMUGGEL | 3. BUNDESTAG |
| 4. SCHULDEN | 5. VERLEUMDUNG | 6. ARBEITSZIMMER |
| 7. SPICKMICH | 8. DATACHEK | 9. ABMAHNUNG |
| 10. ELTERNZEIT | 11. SCHULOBST | 12. EINKOMMENSRUNDE |
| 13. STEUERSUENDER | | |

Lösungswort: BUNDESKANZLER

9. Wer zuletzt lacht, lacht am besten

*Klein Flo zu seinem Vater: "Was ist denn eigentlich eine Verlobung?"
Der Papa erklärt: "Eine Verlobung ist, wenn dir der Weihnachtsmann
ein Fahrrad schenkt, du aber erst zu Ostern damit fahren darfst."
Klein Flo: "Aber ein wenig klingeln wird man ja schon vorher dürfen"*

*



Maßgeschneiderte Produkte für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst.

Die DBV ist Ihr starker Partner mit mehr als 135 Jahren Erfahrung im Bereich der Beamtenversorgung.

In Ihrer Berufsgruppe haben Sie besondere Ansprüche an Ihre Versicherung. Wir kennen Ihren Bedarf genau und stehen Ihnen jederzeit kompetent und mit persönlichem Service zur Seite.

Wir sind ganz in Ihrer Nähe und beraten Sie gern!

Regionalleiter ÖD **Willi Mayer**
Graf-Recke-Straße 82, 40239 Düsseldorf
Tel.: 0211/945-29524, Fax: 0211/945-29070
willi.mayer@dbv.de

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Ein Unternehmen der AXA Gruppe